

8. Deponie-Knappheit und Innovationen: Mögliche Synergien prüfen

Antrag des Regierungsrates vom 29. Juni 2022 zum Postulat KR-Nr. 243/2020 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 7. Februar 2023

Vorlage 5845

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Am 7. September 2020 überwies der Kantonsrat dem Regierungsrat ein Postulat, in dem dieser gebeten wurde, aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen die Recyclingquote von Abbruch- und Aushubmaterial gesteigert werden kann, um den Bedarf an Deponievolumen zu reduzieren.

Im Bericht legt der Regierungsrat dar, dass mengenmässig das unverschmutzte Aushub- und Ausbruchmaterial die mit Abstand bedeutendste Abfallfraktion ist. Sie macht zwei Drittel des gesamten Abfallaufkommens aus. Weitere 20 Prozent sind die weiteren Bauabfälle. Diese total 85 Prozent der gesamten Abfälle gelten nicht als Siedlungsabfälle, das heisst, das Gemeinwesen ist nicht direkt für deren Entsorgung zuständig. Entsprechend geschieht die Innovation bei den Unternehmen selber, der Kanton kann nur indirekt Einfluss nehmen. Möglichkeiten dafür sind regulatorische Massnahmen, wie zum Beispiel das bereits realisierte Ablagerungsverbot von Ausbauasphalt oder Förderbeiträge, zum Beispiel an Pilotprojekte, wir erinnern uns an die Diskussion heute Morgen bei einem anderen Thema (*Vorlage 5876a*).

Das Volk hat im September 2022 eine Bestimmung zur Kreislaufwirtschaft in die Verfassung aufgenommen. Schon zuvor und erst recht seither fördert der Kanton die Kreislaufwirtschaft mit vertieften Abklärungen in verschiedenen Themen. Potenzial besteht insbesondere beim Mischabbruch, der zu Recyclingbeton aufbereitet werden kann. Noch im Forschungsstadium steht die Rückgewinnung von Wertstoffen aus Schlacke von Kehrrechtverbrennungsanlagen, die zurzeit wegen ihres Gehalts an organischen Kohlenstoffen immer noch nur deponiert werden kann. Insgesamt ist der Kanton klar auf dem Weg, unsere Reststoffe vermehrt wiederzuverwerten. Ebenso klar ist aber, dass der Wert zur weitgehenden Wiederverwertung noch lange ist.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt einstimmig, das Postulat abzuschreiben.

Ulrich Pfister (SVP, Egg): Der Regierungsrat geht in seiner Postulatsantwort ausführlich auf die verschiedenen Deponietypen und die daraus resultierenden Mengen ein. Deponien, egal, wo sie hinkommen, werden durch die betroffene Bevölkerung sehr kritisch, ja mehrheitlich ablehnend beurteilt; das ist grundsätzlich verständlich. Dies hat auch die kürzliche Besetzung der geplanten Erweiterung der Deponie Chalberhau gezeigt oder aber auch der Widerstand zur Erweiterung und zur grundsätzlichen Betreibung der Deponie Tägernauerholz. Trotz diesem Widerstand muss der Kanton für ausreichendes Deponievolumen besorgt sein.

Der Bericht zeigt auf, dass sehr grosse Anstrengungen unternommen werden, das Volumen aller Deponiegüter zu verringern. Erfreulicherweise werden heute 80 Prozent der Bauabfälle wiederverwertet. Es ist allen klar, dass hier weitere Anstrengungen zur Verringerung des Deponievolumens notwendig sind. Die Industrie und der Kanton arbeiten intensiv an diesen Lösungen. Trotzdem produziert unsere Gesellschaft Abfall, welcher leider nur deponiert werden kann. Wir schreiben das Postulat ab.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): In aller Kürze zwei Anmerkungen, nahezu zwei Gemeinplätze zum Antrag des Regierungsrats beziehungsweise zur Abschreibung des Postulates: Erstens, wir sind mit der Kreislaufwirtschaft erst am Anfang und noch lange nicht so weit, wie wir sein sollten und sein wollen. Zum Zweiten: Es wird noch lange Deponien brauchen, am besten in der Nähe der Abfallverursacher und an den ökologisch sinnvollsten Standorten, immer im Wissen, dass sich diese zwei Forderungen zunehmend beissen. Aber die Politik «wir haben schon so viel» und «not in my backyard» ist zu oft nicht zielführend. Die SP stimmt der Abschreibung des Postulates zu.

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen): Die FDP dankt der Regierung für die ausführliche und umfassende Berichterstattung. Wir sind zufrieden damit und schreiben das Postulat ab. Es zeigte sich allerdings einmal mehr, dass vor allem beim in grossen Mengen anfallenden Mischabbruch noch immer ein grosses Potenzial bei der Aufbereitung besteht. Wir setzen als Partei ganz klar auf die Partnerschaft zwischen der im Kanton Zürich ansässigen Baustoffbranche und den Behörden. Wir haben schon mehrfach davon gehört, dass der Kanton Zürich sich im innerschweizerischen Vergleich in Bezug auf die Kreislaufwirtschaft hervorragend positionieren können. Da sehen wir doch, dass das Zusammenspiel zwischen der Branche, zwischen der Bau- und Recycling-Branche und der Verwaltung funktioniert. Wir sind der Meinung, dass es gerade angesichts der sehr deutlichen Zustimmung zum verfassungsmässigen Auftrag, die Kreislaufwirtschaft weiterhin zu fördern, eben zentral ist, dass der Kanton Zürich weiterhin förderliche Rahmenbedingungen schafft. Es ist wichtig, dass wir in Zukunft mehr stofflich verwerten als deponieren, das ist auch ein nationaler Trend. Ich erinnere daran, dass die parlamentarische Initiative «Schweizer Kreislaufwirtschaft fördern» wohl noch in diesem Jahr in den eidgenössischen Räten zu Ende beraten werden wird. Aber auch der Frage des überaus knappen Deponie-Raums dürfen wir uns als Kanton nicht verschliessen. Es kann nicht sein, dass wir Materialien, die eben trotz aller Anstrengungen für die Kreislaufwirtschaft noch immer deponiert werden müssen, ausserhalb des Kantons oder gar im Ausland deponieren. Das wäre nicht nur eine Fehlplanung, das wäre in ökologischem Sinne und sogar in moralischer Hinsicht mehr als fragwürdig. Für die FDP sind Ver- und Entsorgungssicherheit zentrale Anliegen und wir müssen in diesem Sinne die Abfall- und Ressourcenfrage ganzheitlich mit Fokus auf machbare Innovationen angehen. Wir schreiben das Postulat ab. Besten Dank.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Wie wir es bei jeder Richtplan-Debatte hier drin hören, wenn das Kapitel 5, Versorgung und Entsorgung, drankommt: Deponien wecken lokalen Widerstand, einerseits aus verkehrlichen Gründen, aber dann auch wegen der temporären Beanspruchung von Kulturland oder von Wald – dies immer mehr – und weil die Deponien Ökosysteme zerstören. Dass wir hier also eine Lösung suchen, wie wir das Deponievolumen reduzieren können, ist klar, und mit der Überweisung dieses Postulats wurde sie auch gefordert. Bisher funktionieren wir so, dass wir als Gesellschaft Ressourcen abbauen, diese dann nutzen und am Ende fortwerfen, eben meist in die Deponie und manchmal auch in die Atmosphäre oder sonst in die Umwelt. Die Lösung ist auch klar: Kreislaufwirtschaft. Im Bericht zu diesem Postulat hat der Regierungsrat aufgezeigt, welche Schritte er hier angehen will und welchen Schritt er bereits getan hat. Der Weg ist richtig, das Tempo darf noch höher werden. Wir sind für Abschreibung dieses Postulates.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg): Wir sind Abfall-Champions. Die Schweiz verursacht zusammen mit Norwegen am meisten Abfälle pro Kopf. «Abfälle vermeiden und wiederverwerten» wird noch zu zögerlich angegangen und eigentlich kommt die Kreislaufwirtschaft geschätzte zehn Jahre zu spät. Solange wir weiterhin Millionen von Tonnen Baumaterial deponieren müssen, weil nur etwa die Hälfte des Abbruchmaterials tatsächlich in den Kreislauf zurück gelangt. Solange Häuser der Abrissbirne zum Opfer fallen, weil Abreissen billiger ist, solange werden wir uns wohl mit der unbequemen Frage herumschlagen müssen, wie lange das Deponievolumen diverser Deponietypen im Kanton Zürich noch ausreichen wird. Die Regierung hat zwar in ihrem Bericht aufgezeigt, dass vor allem bei in grossen Mengen anfallendem Mischabbruch in Zusammenarbeit mit der Baubranche weiteres Potenzial bei der Aufbereitung als Recyclingbeton besteht, aber es gibt eben Grenzen. Asphalt zum Beispiel kann heute zwar technisch wiederaufbereitet werden, der grossflächige Einsatz des Materials ist aber aufgrund von Qualitätsnormen noch nicht möglich. Heute muss wegen der enorm hohen Bautätigkeit bereits ein beträchtlicher Teil des Aushubmaterials in andere Kantone ausgelagert werden. Auf die Dauer kann das wohl kaum die Lösung sein. Ich erwarte, dass der Kanton hier einen Zacken zulegt und nach möglichen Synergien sucht. Die Innovation müsste daher in die Richtung recycelbaren Materials gehen. Das gilt auch für die gesamte Kunststoffindustrie. Beim Projekt «Kies für Generationen» funktioniert das ja bereits sehr gut. Innovationen kosten, Forschung kostet und die Deponien erst recht. Der Kanton müsste endlich auch ernsthaft über eine Lenkungsabgabe auf Deponiematerial nachdenken oder unter den heutigen wirtschaftlichen Rat ... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Die Interessenbindung ist entscheidend: Ich bin Gemeindepräsident von Gossau. Wir kommen in Genuss einer Deponie und in die Nähe einer zweiten Deponie. Ich möchte einfach daran erinnern, dass wir jetzt wieder über einen Bericht reden, über Untersuchungen, die stattgefunden haben, eine Untersuchung, die schon in einem Postulat von 2022 gefordert wurde. Auch

da wurden die Aussagen mehrheitlich gleich gewählt. Wir sind uns bewusst, dass wir ein Problem haben. Wir arbeiten daran. Wir wollen immer mehr Kreislaufwirtschaft und versuchen immer mehr zu recyceln, um möglichst wenig Deponievolumen zu nutzen. Aber effektive Konsequenzen in unseren Richtplänen habe ich noch nicht gesehen, das heisst, alle Untersuchungen finden keinen Wiederhall in den Richtplänen, und das ist absolut störend. Wir haben Deponien verabschiedet, wir haben diese festgelegt. Und jetzt? Alles, was geplant wird, sowohl in der Gesamtschau «Deponien» und auch das, was wir jetzt sehen, hat nirgendwo Niederschlag gefunden. Das ist absolut störend. Das heisst, wir arbeiten da an etwas, das am Schluss nichts bringt. Und ich wünsche mir, nicht nur als Gemeindepräsident von Gossau, dass tatsächlich das, was wir jetzt beraten, auch Konsequenzen hat, und zwar in allen Richtplänen. Besten Dank.

Edith Häusler (Grüne, Kilchberg) spricht zum zweiten Mal: Danke. Wenn ich diesen Vorstoss schon eingereicht habe, möchte ich wenigstens auch noch fertig machen. Ich habe gesagt, dass Innovationen kosten, dass Forschung kostet, und Deponien sind unendlich teuer. Und ja, niemand will eine Deponie vor der Haustür. Ich glaube, ich kenne keine Gemeinde im Kanton Zürich, die sich freiwillig dafür meldet. Und dann kommt es noch sehr darauf an, was für eine Deponie. Auch die Schlacken, die 150'000 Tonnen KVA-Schlacke (*Kehrrichtverbrennungsanlage*), müssen schliesslich irgendwo entsorgt werden. Und auch das will niemand. Eben: Wie wäre es mit einer Lenkungsabgabe oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit regulatorischen Massnahmen? Die würden nachhelfen, und ich bin überzeugt: Kostet es etwas – und ein bisschen mehr als heute –, würde man mit den Ressourcen besser umgehen. Danke bestens.

Regierungsrat Martin Neukom: Es wurde gesagt, Deponien stossen oftmals auf wenig Gegenliebe vor Ort. Das ist auch verständlich, und aus diesen Gründen ist es auf jeden Fall sinnvoll, da sind wir uns einig, möglichst viel von allem möglichen Abfall wiederzuwenden. Das ist natürlich auch aus Sicht des Klimaschutzes sinnvoll, weil die Verarbeitung von Material sehr häufig sehr viel Energie benötigt.

Im Kanton gibt es ein sehr wichtiges Gefäss zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Das Gefäss heisst «Kies für Generationen», es wurde von Edith Häusler bereits erwähnt. Es ist eine Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und auch der Industrie. «Kies für Generationen» hat beispielsweise grosse Erfolge im Bereich Recyclingzement, Recyclingbeton erzielt, und da konnte einiges vorgebracht werden. Das hilft schon stark. Weiter arbeiten wir zurzeit stark an der Wiederverwendung von Ausbauasphalt. Das ist einfach auch darum sehr wichtig, weil es extrem grosse Mengen sind. Das ist nicht zu vergleichen mit dem, was wir als Haushaltsabfall produzieren. Es besteht – und das steht im Bericht – noch zusätzliches Potenzial, wir sind noch lange nicht am Ende. Die grosse Herausforderung bei diesem Thema, bei der Wiederverwendung von Mischabbruch sowie bei der Wiederverwendung von Ausbauasphalt, das grosse Thema ist immer die Qualität, verbunden mit den Normen, die eine bestimmte Qualität vorschreiben. Deshalb muss

man hier an verschiedenen Stellschrauben drehen, um dafür zu sorgen, dass wir beispielsweise mehr Mischabbruch verwenden können. Technisch ist sehr viel machbar. Die Herausforderung auch hier ist nicht nur technischer Natur, sie ist es vor allem auch wirtschaftlicher Natur. Denn wenn man die Dinge einfach deponieren kann, ist das halt schon oftmals noch etwas günstiger als eine Wiederaufbereitung. Sie sehen das in diesem Bericht.

Wir sind unterwegs, es gibt schon einiges, was läuft. Herr Wirth hat gesagt «Es muss noch schneller gehen». Da bin ich einverstanden, es muss tatsächlich noch schneller gehen. Aber deshalb werden wir trotzdem auch in naher Zukunft noch Deponien benötigen. Also kann ich Herrn Kündig gerne sagen: Ja, natürlich ist das so, dass wir an der Kreislaufwirtschaft arbeiten. Und natürlich ist es auch so, dass dadurch die Deponievolumina vielleicht dann in Zukunft reduziert werden können. Aber im Moment wird sehr, sehr viel gebaut und es entsteht sehr viel Abfall. Und da nicht aller Abfall aufbereitet werden kann, brauchen wir halt noch Deponien, auch wenn das lokal häufig sehr fest auf Widerstand stösst.

Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, dieses Postulat abzuschreiben.

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat KR-Nr. 243/2020 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.